

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 273.

Dienstag, den 22. November 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Kommission für Arbeiterstatistik.

Die Kommission setzte Freitag die Vernehmung der Auskunftspersonen aus dem Gastwirthsgewerbe fort. Es waren Restaurateure und Restaurationskellner aus allen Gegenden Deutschlands erschienen. In der Darstellung der Verhältnisse ist es das alte Klagegedicht, was aus Groß- und Kleinstädten, aus Norden und Süden des Vaterlandes erschallt. Ueberall muß der Kellner von früh bis spät thätig zu sein, weil es das Geschäft erfordert. Es giebt eben keinen Ort, in dem nicht des Morgens Leute ihren Frühkoppen trinken und in welchem bis in die späte Nacht hinein Leute in der Kneipe sitzen. Dieser Umstand wird nun von den Wirthen benutzt, um die Kellner so lange anzuspinnen, daß sie vor dem ersten und nach dem letzten Gast in der Wirthschaft sein müssen. Dem Wirth kosten die Arbeitsstunden des Kellners nichts und deshalb stant der Wirth nicht auf Mittel, den Uebelstand zu beseitigen.

Die Erhebungen ergaben, daß die lange Arbeitszeit vielfach abgeklirrt werden kann, wenn ein ernster Wille vorhanden ist. Unstreitig trägt die Form der Lohnzahlung viel zu den Mißständen bei. Statt Zeitlohn vom Wirth zu erhalten, muß der Kellner den größten Theil des Baarlohnes in Form von Trinkgeld von den Gästen einsammeln. Der Kellner kann erst dann abrechnen und das Geschäft verlassen, wenn der letzte Gast sich entfernt hat. Würden die Preise für Speisen und Getränke so sein, daß die Kosten für Bedienung mit eingerechnet sind und müßten die Wirthe dem Kellner Stundenlohn zahlen, dann würde in 99 von 100 Fällen, wo jetzt übermäßig lange Arbeitszeit ist, dieselbe beseitigt sein.

Die Kellner empfinden das Trinkgeldwesen als ein der größten Uebel ihres Gewerbes. Die Wirthe sind jedoch der Meinung, daß die Trinkgelber nicht beseitigt werden können, weil man dem Kellner keinen so hohen Lohn geben kann, der als Ersatz für das Trinkgeld dienen kann. Obwohl einige Restaurateure unglaublich hohe Summen als Kellnerentlohn nannten, wollten doch fast sämtliche Kellner lieber feste Einnahmen haben, statt auf den Gnadenlohn des Gastes angewiesen zu sein. Die Wirthe führen mit an, daß der Gast mancherlei Gefälligkeiten von dem Kellner verlangt. Bald soll der Kellner eine Zeitung besorgen, dann beim Anziehen des Ueberziehers behilflich sein u. s. w. Die Kellner halten das Trinkgeld für ein Uebel, weil die Einnahme eine unsichere Arbeit und niederdrückend auf den Empfänger wirkt. Für das Gewerbe ist das Trinkgeld schädigend, weil dem freigelegten Gaste die besten Portionen servirt werden u. s. w. Charakteristisch war eine Mittheilung eines früheren Buffetiers über das Geschäftsgehehen in manchen Betrieben. Während der Chef 60 Pf. für ein Liter Bier zahlte, mußte der Buffetier 63 Pf. für jeden Liter abliefern. Er ist also gezwungen, dem Gaste weniger zu liefern, als er bestellt.

Einen breiten Raum nahmen die Auseinandersetzungen über die Stellenvermittlung ein. Auch die erschienenen Auskunftspersonen hielten das Kommissionärwesen für einen Krebsgeschaden. Es wurden Fälle mitgetheilt, aus denen hervorging, daß in nicht seltenen Fällen die Wirthe Vorbehalte vom Stellenwechsel haben. Der Kommissionär ist ein guter Gast, er macht große Besuche und folglich steht der Wirth gezwungen, dem guten Gaste in seinem Geschäft ganz reinlichen Geschäft zu unterstützen. In Frankfurt a. M. haben die Gastwirthsgehilfen eine Stellenvermittlung eingerichtet, die der Aufsicht des städtischen Arbeitsnachweises unterstellt ist. Obwohl auch noch eine Institution für die empfohlenen Kellner angeboten wird, weigerte sich doch die Gastwirthsinnung und der Wirthverein diesen Stellennachweis zu benutzen. Ein anwesender Frankfurter Innungswirth entwickelte über den Stellennachweis ähnliche Ansichten, wie sie von dem Gründer der Maßregelung-Bureau des Hamburger Arbeitgeberverbandes Dr. Martens schon oft vorgetragen sind.

Daß im Bekehrungswesen mancherlei Mißstände bestehen, wird auch von den Wirthen allgemein zugegeben. Die Hauptmaßregel, die jetzt von den Wirthen gegen diese Mißstände ergriffen wird, scheint darin zu bestehen, daß die Knaben, bevor sie in die Lehre treten, ärztlich untersuchen lassen, um festzustellen, ob der Lehrling die Strapazen ertragen kann.

Die Schwächlichen werden dadurch zwar ausgeschlossen, ob aber die sanitären Zustände im Kellnerberufe dadurch gebessert werden, muß die Zukunft lehren. Auf jeden Fall haben die hohen Krankheits- und Sterblichkeitsziffern dazu geführt, diese Maßregel einzuführen. Die Wirthe wollen der Welt glauben machen, daß die schlimmen sanitären Zustände nicht eine Folge der angestrengten langen Arbeit sind, sondern darauf zurückgeführt werden können, daß schwächliche, mit erblichen Krankheiten belastete Personen den Beruf ergreifen. Also nicht die Erkrankung im Beruf führt die hohe Belastung der Krankenkassen herbei.

Am Sonnabend verhörte die Kommission noch einige Unternehmer und Kellner aus der Hotel- und Restaurationsbranche. Obwohl die Auskunftspersonen aus anderen Orten waren, wie die an den beiden vorhergehenden Tagen vernommenen, so wurden die zuerst gemachten Aussagen nur bestätigt.

Es folgten dann die Vernehmungen von Auskunftspersonen aus den Kaffee's. In diesen Etablissements ist die Dauer der Geschäftszeit eine so lange, daß es ausgeschlossen ist, vom Personal zu verlangen, während der ganzen Geschäftszeit auf dem Posten zu sein. Kein Mensch kann regelmäßig täglich 24 Stunden arbeiten und deshalb muß Abhilfe geschaffen werden. Der ununterbrochene Betrieb zwingt die Unternehmer, doppelt zu besetzen und dadurch haben die in diesen Unternehmungen beschäftigten Personen die am meisten geregelte und daher kürzeste Arbeitszeit. Hier wird keine Rücksicht auf die lange sitzenden Gäste genommen. Die neu antretende Schicht von Kellnern übernimmt die sitzenden Gäste, sowie sie auch gezwungen sind, nach Beendigung ihrer Arbeitszeit die Gäste an die nun folgende Schicht abzutreten. Ferner ist die übrige Regelung des Geschäfts lehrreich. Die Wertheiliger des Trinkgeldsystems behaupten, daß das Trinkgeld eine Belohnung für die außerordentlichen Gefälligkeiten ist, die der Kellner dem Gaste erweist. Eine Belohnung für Handreichungen, die mit dem eigentlichen Wirthschaftsbetrieb, dem Verkauf von Speisen und Getränken notwendig verbunden sind.

Nun hat man in dem größten Theil der Kaffee's das Wiener System eingeführt, nach welchem die Kellner, welche die Bedienung der Gäste besorgen, gar kein Geld annehmen, also auch kein Trinkgeld bekommen. Hier steht der Kellner in festem Lohn, der ihm theilweise von dem Wirth, theil von dem Zahlkellner ausgezahlt wird. Alle Handreichungen, welche dem Gaste in anderen Wirthschaften geboten werden, hat er auch hier, ohne daß der Zeitungskellner oder Zuträger Aussicht auf besonderes Trinkgeld hat.

Die hierauf folgende Abtheilung, Unternehmer und Arbeiter aus Saalgeschäften, konnte nur berichten, daß in diesen Betrieben die unregelmäßigste Arbeit ist. Auf eine 40stündige und noch längere Arbeitszeit folgt oft eine mehrtägige Ruhe oder Arbeitslosigkeit.

Das Bedürfnis eines Ruhetages ist bei den Arbeitern aller Branchen vorhanden. Zwar wissen die Arbeiter nicht bestimmt anzugeben, daß das Fehlen eines Ruhetages die Gesundheit schädigt. Es ist das alte Leiden, daß nur selten die Wirkungen bestimmter Mißstände klar erkannt werden. Der Kranke ist leicht geneigt, die Ursachen seines Leidens in einer bestimmten Ursache zu suchen. Erst dann, wenn Symptome eines fortgeschrittenen Leidens auftreten, fängt der Kranke an, nachzudenken, ob er sich nicht erkältet oder sonst etwas über sich ergehen lassen hat, wodurch seine Gesundheit ruiniert ist. Er bedenkt nicht, daß, wenn sein Körper durch langes ununterbrochenes Arbeiten nicht geschwächt gewesen wäre, er die Folgen der Erkältung oder anderer Ungemach leicht überstanden hätte. Da die Arbeiter, wenn sie sich im sogenannten gesunden Zustande befinden, nicht untersucht werden, vermag kein Mensch den Zeitpunkt festzustellen, wenn die Krankheit beginnt, und folglich sind die Kellner nicht in der Lage, zu sagen, welchen Einfluß die lange Arbeitszeit und die regelmäßige sechstägige Beschäftigung auf ihre Gesundheit hat. Selbst Aerzte werden es in bestimmten Fällen nicht sagen können, da sie nicht wissen, wie der einzelne Mensch geartet sein würde, wenn er diese Anstrengungen nicht durchgemacht hätte.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das Interregnum im Reichstage, die präsidentenlose Zeit zwischen zwei Legislaturperioden, macht sich gegen-

wärtig insofern besonders bemerkbar, als auch durch die Erkrankung des Geheimraths Knab, der nach altem Herkommen beim Schluß der letzten Tagung von dem Präsidenten v. Buol-Berenberg beauftragt worden ist, bis zur Wahl des nächsten Präsidenten die Geschäfte in hergebrachter Weise weiterzuführen, auch in der Verwaltung eine empfindliche Störung eingetreten ist. Dazu kommt, daß dem Direktor beim Reichstage ausdrücklich unterzagt ist, in den während des Interregnums ihm zufallenden Präsidialgeschäften sich vertreten zu lassen. Um zu verhindern, daß je wieder eine solche Stockung in der Verwaltung des Reichstages eintrete, und die Möglichkeit auszuschließen, daß etwa die verbliebenen Regierungen durch Entsendung von Kommissaren sich in die Geschäfte des Hauses einmischen und so in die Interna des Reichstages eindringen, werde, wie die „Vossische Ztg.“ dazu bemerkt, eine Aenderung der Geschäftsordnung für den Reichstag unerlässlich sein. Auch außerhalb der Legislaturperioden muß der Reichstag sich eine geordnete und vollberechtigte Vertretung sichern.

Eine merkwürdige Auffassung ihrer Aufgaben scheint die Reichspostverwaltung zu entwickeln. Der Magistrat von Breslau hatte sich auf dem Prozeßwege das Recht gewahrt, über die Benutzung der Straßen zu elektrischen Leitungen allein zu verfügen. Das ist bekanntlich nicht ganz unwichtig, da der Postfiskus andernfalls der Anlage elektrischer Bahnen Schwierigkeiten bereiten kann. Der Breslauer Magistrat dachte aber gar nicht daran, der Legung neuer Telephonlinien Hindernisse in den Weg zu legen, und hat dies auch der Oberpostdirektion mitgetheilt. Trotzdem weigert sich dieselbe, beantragte neue Linien auszuführen, wie die „Bresl. Ztg.“ meint, auf direkte Anweisung aus Berlin, „ehe die gesammte Frage nicht geregelt sei.“ Das ist ein Standpunkt, der sich nicht verstehen läßt und lebhaft an die kleinen Menschenkinder erinnert, die in Folge einer vermeintlichen Kränkung nicht mehr mitthuen wollen. Es muß auch sehr befremden, daß eine Behörde das nicht als Recht anerkennt, was vom Gericht in letzter Instanz als Recht erkannt und bestätigt worden ist. Und wie kann eine Reichsbehörde Zwang anwenden wollen, um etwas zu erreichen, was ihr nicht zukommt?

Petitionen. Eine Pensionserhöhung für die Reichs- und Staatsbeamten haben die Hannover wohnhaften Pensionäre durch Petitionen an Reichstag und preussischen Landtag, beantragt. Sie begründen ihre Gesuche mit dem Hinweis darauf, daß die Pensionen, bemessen nach den früheren geringen Besoldungen, unzureichend sind, um die Bedürfnisse des Lebens zu decken. — Der Gesamtverband der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hat zusammen mit dem Verein Arbeiterheim dem Reichstag eine Petition unterbreitet, die ein Reichswohnungsgesetz anstrebt. Als Grundzüge für ein solches Gesetz werden vorgeschlagen: 1) eine Reichscentralstelle für Wohnungsfürsorge, 2) Landeskommissionen für Wohnungsfürsorge (Wohnungskommissionen), 3) Reichskredit, um größere Mittel zu schaffen. Pastor v. Wodellschwing will diese Eingabe auch dem Kaiser zufenden.

Maßregelung von Postunterbeamten. In Hameln ist kürzlich fünf und zwanzig Postunterbeamten, von denen einige in 2 bezw. 3 Jahren bereits pensionsberechtigt geworden wären, auf den 15. Dezember der Dienst gekündigt. Und was haben diese Beamten so Schweres verbrochen, daß man sie brodblos machen will? Nun, sie haben eine Zeitung — nicht etwa gestohlen, sondern gelesen, die dem Fuzarengeneral und jetzigen Staatssekretär von Bobbielski nicht gefällt, nämlich die Zeitung „Der Postbote“. — Bekanntlich ward vor einiger Zeit den Postbeamten ein Wink gegeben, daß „Der Postbote“ höheren Orts mit scheelen Augen angesehen werde und daß man das Lesen dieses Blattes nicht wünsche. Als Ersatz ward dafür „höheren Orts“ ein anderes Fachblatt mit ähnlichem — Titel gegründet. Den Postunterbeamten wird es aber vernünftiger Weise weniger auf den Titel als auf den Inhalt ankommen und so haben denn die Postunterbeamten mit wenigen Ausnahmen den „Postboten“ weiter abonniert, ja sogar die fürchterliche That begangen, diese Zeitung zum Inseriren ihres letzten Vergnügens zu benutzen. Das ist das „Verbrechen“, wegen dessen eine Massentündigung von Beamten, die theilweise in einigen Jahren pensionsberechtigt sind, erfolgte. Es ist doch

„herrlich“ bestellt um die Gewissensfreiheit der deutschen Beamten! Wenn man übrigens glaubt, durch solche Maßregelungen den Beamten die so viel gepriesene „Liebe und Treue zu Kaiser und Reich“ einzupaulen, so dürfte man sich denn doch gewaltig irren. Im Gegenteil, man wird durch diese rigorose Maßregel manchem Beamten nur die Augen öffnen und ihm zeigen, von wem seine Interessen vertreten werden.

Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht. Wie dem Braunschweiger „Volksfreund“ mitgeteilt wird, sind die Häuser, in denen die Minister Hartwig und v. Otto sowie der Oberbürgermeister Pöckels wohnen, in der Nacht zum Sonnabend Gegenstand großer Beachtung geworden. Mehrere Trupps, die über Hundert Personen stark gewesen sind, setzten vor den Wohnungen der Herren erschienen und hielten donnernde Hochs auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausgebracht. Auch Verse der Marschälle sind gesungen worden.

Landesverratsprozess. Vor dem vereinigten Zweiten und Dritten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig fand Sonnabend der Prozess gegen den Gärtner Franz Isidor de Coq statt, der beschuldigt wurde Schriftstücke und Aufzeichnungen, deren Geheimhaltung im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches zu bewahren war, anderen Personen mitgeteilt zu haben. Das Verbrechen verstoßt gegen die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1893. Den Vorsitz führte Senatspräsident Treplin, die Anklagebehörde vertrat Oberreichsanwalt Dr. Hamm, die Verteidigung führte Justizrath Haber-Leipzig. Der Angeklagte, mit dem zumeist durch einen französischen Dolmetscher verhandelt werden mußte, bestritt schuldig zu sein. Die Majore Brand und Gayer vom preussischen Kriegsministerium waren als militärische Sachverständige erschienen. Dem Angeklagten Coq wurde zur Last gelegt, im Auftrage der französischen Regierung nach Metz gekommen zu sein, dort photographische Aufnahmen der Festungswerke gemacht und sie nach Paris gesandt zu haben. Es sind entsprechende Briefe, Blausäfte, Rothäfte, ein photographischer Apparat, ein photographischer Sucher und Blizrosen gefunden worden. Der Angeklagte bestritt beharrlich seine Schuld. Er habe den Apparat von einem Manne Namens Schmitz in Paris erhalten, um ihn Metz einem gewissen Abel zu übergeben. Abel habe er in Metz nicht finden können. Er halte sich für das Opfer einer schwarzen Bande, die ihn habe verderben wollen, weil er ihr kein Geld habe geben wollen. Major Brand vom Kriegsministerium bezeichnete die photographischen Aufnahmen der einzelnen Theile der Sperrforts als Verletzung des Staatsgeheimnisses, da man davon Rückschlüsse auf die inneren Befestigungswerke, auf die Art der Laufgräben und der Wälle, sowie auf die Art und Weise, wie die Festung verteidigt und angegriffen werden könnte u. s. w., zu ziehen in der Lage sei. Bei der weiteren Vernehmung der militärischen Sachverständigen und des Polizeirathes Bahn wurde auf Antrag des Oberreichsanwaltes im Interesse der Sicherheit des Staates die Deffentlichkeit ausgeschlossen. Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit ergriff der Oberreichsanwalt das Wort. Er erklärte die Angaben des Angeklagten für unglaubhaft und legte dar, daß de Coq offenbar ein Agent des französischen Nachrichtenbureaus sei. Wenn auch der nicht bekannt gemordene Abel, jedenfalls ein ehemaliger französischer Offizier, derjenige sei, unter dessen Leitung de Coq gearbeitet habe, so sei dieser doch selbstständig thätig gewesen und habe sich gegen die §§ 1 und 2 des Spionagegesetzes vergangen; er beantragte gegen de Coq eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren. Der Verteidiger plaidirte für die Annahme nur eines Verstoßes, eventuell für Festsetzung einer milden Strafe, da der Angeklagte vielleicht geglaubt habe, eine für sein Adoptivvaterland Frankreich nützliche Handlung zu begehen. Der Angeklagte selbst erklärte nur, er sei völlig unschuldig und wisse nicht, wie er in die ganze Angelegenheit hineingekommen sei. Das Urtheil wurde um 5 1/2 Uhr nachmittags verkündet. Der Gerichtshof hat den Angeklagten wegen eines fortgesetzten Verbrechens nach § 1 des Spionagegesetzes zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt, außerdem auch auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Der Gerichtshof hat nur eine fortgesetzte Handlung nach § 1 des Gesetzes angenommen, ist aber doch über das beantragte Strafmaß hinausgegangen, weil der Angeklagte nach Ansicht des Gerichts ein berufsmäßiger Spion ist und nicht aus idealen Gründen für sein Adoptivvaterland spioniert hat, sondern nur um des Erwerbes willen, obwohl er nicht in Noth und als alleinstehender Mensch für Niemand zu sorgen hatte. — Der Angeklagte nahm das Urtheil ohne sichtbare Erregung entgegen.

Eine neue Liebesgabe für die Brennereien tritt auf Grund eines Bundesrathsbeschlusses in Gemäßheit der Novelle zum Branntweinsteuergesetz von 1896 vom 1. November ab in Kraft. Die Rückvergütung für denaturirten Branntwein wird nämlich von 2,50 auf 3,50 Mark erhöht aus den Erträgen der Brennsteuer. Die „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ schreibt, nunmehr hätten die Branntweinbrenner die Möglichkeit, Brennspiritus zu Preisen zu liefern, welche den Wettbewerb des Spiritusglühlichts mit dem Petroleum ermöglichen. — Mit der größeren Anwendung des Spiritusglühlichts aber vermindert sich der Verbrauch von Petroleum und damit auch die Erträge des Petroleumzölles für die Reichskasse.

Der antisemitische Landtagsabgeordnete Köhler richtete an die hessische Regierung eine Anfrage über das Verbot des Verkaufs der „Zukunft“ und des „Simplicissimus“ auf den hessischen Bahnhöfen. Die Interpellation richtet sich besonders darauf, ob bei

dem Erlasse des Verbots die hessische Rechts- und Landeshoheit genügend gewahrt worden sei.

In der Konferenz gegen den Anarchismus wird der italienische Minister des Aeußern, Canevaro, den Vorschlag führen. Es liegen nach der „Schlesischen Zeitung“ bereits Sonderanträge einiger Mächte vor.

Ein Wahlprotest, wie er zu den seltenen Fällen gehört, ist von den Sozialdemokraten in Dortmund erhoben worden. Dieselben haben gegen die Wahl des Nationalliberalen Hilbel Protest erhoben, zugleich aber auch gegen einen Protest, den die Centrumpartei abgesandt hat, einen Gegenprotest. Die Centrumpartei hat (wenigstens ist es in dem Dortmunder Centrumsorgan angekündigt worden) die Wahlfeststellung bezüglich der Hauptwahl angefochten. Sie behauptet, bei Vermeidung gewisser Unregelmäßigkeiten würde nicht Hilbel, sondern Venning (Centr.) mit Dr. Lütgenau (Soz.) in die Stichwahl gelangt sein. Der sozialdemokratische Gegenprotest bestritt dies. Er nimmt auf eine Versammlungsbereitstellung in Castrop Bezug, wo der Amtsvorsteher die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung verweigert habe, und behauptet, daß nach der bisherigen Praxis des Reichstages alle in Castrop abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt werden müßten. Da in Castrop nun die Centrumsstimmen überwiegen hätten, so bliebe Hilbel in der Stichwahl, auch wenn die vom Centrum behaupteten Unregelmäßigkeiten wirklich vorgekommen seien. In der sozialdemokratischen Partei ist man der Ansicht, daß eine Stichwahl mit dem Centrumskandidaten minder aussichtsreich für sie sei, als eine solche mit einem Nationalliberalen.

Dänemark.

Dem Folkething ist von Seiten der sozialdemokratischen Parteigruppe ein Gesetzentwurf betreffs Errichtung von Instmannshäusern zugegangen. Da die bisherigen Versuche einer Lösung der Landarbeiterfrage an dem Widerstande des Landesthing scheiterten, und der neue vom Ministerium dem Reichstag zugegangene Antrag werthlos ist, hat sich unsere Partei entschlossen, einen wirklichen Reformvorschlag dem Parlament vorzulegen. Die bisherigen Erweiterungsanträge des Folkething scheiterten daran, daß die Regierung und der Landesthing Bedenken dagegen hatten, daß der Staat dabei Privatbesitz mit mehr als vier Fünfteln des Werthes belassen hätte. Bei dem neuen Antrag der Sozialdemokratie bleiben die Landarbeiter-Ansiedlungen Staats-eigentum, die Arbeiter werden nur Pächter, aber Pächter des Staates, nicht eines sie auslassenden Grundbesitzers. Der Vorschlag sieht eine Pacht von 2 pCt. des Werthes vor. Man hat in diesem Fall nur nöthig, auf Tüchtigkeit zu sehen, nicht, ob die Arbeiter, die im anderen Fall nöthige Anzahlungssumme besteuern. Die Grundstücke sollen einen Maximalwerth von 6000 Kr. haben und 4 bis 6 Tonnem Land umfassen. Zur Beschaffung von Land soll das Pfarrland eingezogen werden, das für 15000—20000 Arbeiter hinreichen würde, während nach dem Regierungsgesetz nur 2000 Arbeiter angesiedelt werden können. Die Pächter sollen dafür entschädigt werden; die meisten erzielten kaum 3 pCt. von ihrem Lande, weil sie nichts davon verstanden. Dadurch, daß eine Anzahl Landarbeiter das Land eines Pfarrhofes übernehmen, kann für den Betrieb Maschinenkraft verwendet und die Bewirthschaftung in moderner Art betrieben werden. Für die Durchführung braucht der Staat nur 6—7 Millionen in den ersten 5 Jahren jährlich zur Verfügung zu stellen. Später beträgt die Ausgabe noch nicht 1 Million. Die Einbringung dieses Antrages wurde von Harald Jensen mit warmen Worten begleitet.

In dem Kopenhagener Bäckereistreik hat das Schiedsgericht seine Entscheidung getroffen. Es schlägt für Roggenbrot-Bäckereien und -Fabriken die Lohnsätze 26 Kronen, 29 Kronen und 32 Kronen pro Woche für die verschiedenen Arbeiterstufen vor. Die Arbeitszeit wird auf 11 Stunden mit 1 1/2 Stunden Freizeit, und in Fabriken mit mechanischer Kraft auf 9 1/2 Stunden mit 1 1/2 Stunden Freizeit festgesetzt. Ueberstunden werden mit 75 Dere bezahlt. Für die Feinbäckereien ein Minimallohn von 23 Kronen im ersten Jahre nach der Lehrzeit, später mindestens 25, 28, 29 und 31 Kronen für die einzelnen Stufen. Ueberstunden werden mit 66 Dere bezahlt, Feinachtsarbeit mit 4,20—5,20 Kr. Der Spruch bedeutet eine Lohnerhöhung von 2 Kronen.

Gegen die Ausweisung deutscher Staatsangehöriger aus Schleswig protestirte am 17. ds. Ms. die Sozialdemokratie Kopenhagens in vier großen Versammlungen. Auch in Aarhus fand eine gleichartige Versammlung statt. Die Versammlungen in Kopenhagen waren von etwa 10000 Theilnehmern besucht. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der auf's Energischste gegen die Ausweisungen protestirt wird. Die Versammlung sei sich darüber klar, daß jene Maßnahmen nur ein Werk der reaktionären preussischen Regierung sind und nicht den Gefühlen des deutschen Volkes gegen das dänische entsprechen. Die große Mehrzahl der dänischen Bevölkerung sei dem Chauvinismus entschieden abgeneigt und überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in Uebereinstimmung mit den Gefühlen der dänischen Sozialdemokratie befindet. Die Versammlung appellire dringend an das deutsche Volk, um die preussische Regierung zur Ausübung von Gerechtigkeit und Humanität in Nordschleswig zu beeinflussen. Am Abend zuvor fanden ebenfalls Protestkundgebungen anderer Parteien statt, an denen Tausende theilnahmen. In der Verurtheilung jener inhumanen Maßnahmen sind sich alle Parteien einig. Die Erbitterung ist sehr groß.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Anklage-Anträge gegen Babeni setzte am Donnerstag das österr. Reichshaus die Abgeordnetenhaus die Debatte fort und lehnte schließlich den Anklage-Antrag der Deutsch-Nationalen und der Schönerlianer gegen den Grafen Babeni mit 193 gegen 174 Stimmen ab.

Frankreich.

Zur Dreyfus-Affaire. In der Behandlung des Gefangenen auf der Teufelsinsel ist eine Aenderung eingetreten. Wie „Siecle“ meldet, darf sich Dreyfus täglich sechs Stunden außerhalb des eingetriedigten Raumes bewegen. Der Kassationshof wird heute, Montag, Boisdeffre vernehmen, welcher dem „Figaro“ zufolge die Dreyfus-Affaire vom diplomatischen Gesichtspunkt darzulegen beabsichtigt. Aus der Vernehmung Cavaignac's vor dem Kassationshofe berichtet der „Soir“ folgenden Zwischenfall: Cavaignac sagte: „Herr Vorsitzender, ich bin bereit, dem höchsten Gericht mitzutheilen, was in den Geheimpapieren steht, wenn der Gerichtshof mir die Versicherung giebt, daß dieser Theil meiner Aussage unbedingt geheim gehalten wird.“ Vorsitzender Voew fiel ihm darauf erregt ins Wort und rief: „Der Gerichtshof darf sich dazu nicht verpflichten. Alles, was Sie sagen, wird amtlich niedergeschrieben, von Ihnen selbst geprüft und wenn nöthig richtig gestellt und dann dem Verteidiger des Angeklagten mitgeteilt.“ Angesichts dieser Haltung, schließt „Soir“ triumphirend, hatte Cavaignac nur eins zu thun: seine Aussage abzubrechen und zu gehen, was er denn auch that. — Am Sonnabend waren in Paris Gerüchte im Umlauf, wonach auf Anordnung des Kassationshofes neue Haussuchungen stattgefunden haben sollen, bei denen weitere Papiere Esterhazy's, welche dessen geschäftliche Beziehungen zu Henry und du Paty de Clam nachweisen, beschlagnahmt worden sein sollen. Auch soll man wichtige Entdeckungen bezüglich der Verwendung der Geheimfonds des Kriegsministeriums gemacht haben; angeblich sind mehrere Generalstabsoffiziere kompromittirt. Was an diesen Gerüchten ist, läßt sich zur Zeit nicht feststellen; eine Meldung, daß General Gouze verhaftet worden sei, hat sich nicht bestätigt.

Picquart's Falschheit ist nunmehr durchbrochen worden. Die mehrfach in Aussicht gestellte Unterredung Labors mit dem Gefangenen, die zuletzt noch daran zu scheitern drohte, daß der General Burlinden alle möglichen Bedingungen machte, hat Sonnabend Vormittag endlich stattgefunden. Sie ist sehr lang gewesen; über ihr Ergebnis liegen bis zum Augenblick, da wir sie hier verzeichnen, noch keine Nachrichten vor. Aber daß sie durchgeführt wurde, stellt einen Fortschritt gegenüber der Generalstabsherrschaft dar. Die Anklagepunkte gegen Picquart faßt Joes Guyot im „Siecle“ wie folgt zusammen: 1) Picquart soll die Akten in einer Spionagesache, die in Nancy spielte, an Leblois mitgeteilt haben; 2) er soll die Rundschreiben über den Briefstaubendienst an Leblois gegeben haben; 3) desgleichen das Schriftstück „ce canaille de D.“; 4) desgleichen eine Auskunft über das „petit bleu“ (der Rohpostkarte); 5) Fälschung des „petit bleu“, bezw. Gebrauch dieser Fälschung. Guyot weist nach, daß diese Beschuldigungen völlig unbegründet sind, bezw., daß sie keine Vergehen darstellen und sich auch gegenseitig aufheben. So kann die Auskunft über das „petit bleu“ kein Vergehen sein, wenn das „petit bleu“, wie in Nummer 5 der Anklage behauptet wird, eine Fälschung ist. Die Fälschung des „petit bleu“ soll bekanntlich in der Weise stattgefunden haben, daß Picquart den Namen Esterhazy's auf die Adresse schrieb. Wie der „Rappel“ erzählt, hatte Picquart auf eine derartige Bemerkung des die Untersuchung durchführenden Hauptmanns Tavernier sehr ruhig und gemessen geantwortet: „Lassen Sie dieses Schriftstück photographiren und zeigen Sie mir dann das Bild.“ Erst nach vierzehn Tagen erhielt Picquart die Photographie des Textes und erst nach weiteren zwei Wochen wurde ihm die Photographie der Adresse gezeigt. Nun verlangte Picquart die Photographie der Rohpostkarte, die er selbst am Tage ihres Eintreffens im Kriegsministerium angefertigt hatte, allein Hauptmann Tavernier ließ sich nur schwer dazu bewegen. Erst als Picquart ihm vorhielt, wie bedenklich das Verschwinden der Photographie aus den Archiven des Kriegsministeriums wäre, verstand Hauptmann Tavernier sich dazu, eine der Photographien hervorzu ziehen. Picquart legte nun die beiden Photographien neben einander und bewies so handgreiflich die Fälschung, die nachträglich begangen wurde, um ihn zu verderben. Damit war die gegen Picquart erhobene Anklage vernichtet, allein seine Feinde wollen ihn nicht loslassen, sie halten die Anklage aufrecht und fahndeten auf noch andere Missethaten, die sie ihm zur Last legen.

Wie sehr die Generalskähler Picquart, der ihr verurtheiltes Spiel zuerst durchschaut hat, hassen und fürchten, zeigt eine Stelle aus dem demnächst erscheinenden Buche des „Alanen“, Esterhazy's. Nach dem „Temps“ soll es da an einer Stelle heißen:

„Der einzige Punkt, in dem der Verteidiger Dreyfus nicht gelogen, ist (so sagt Esterhazy), daß ich thatsächlich der Mann des Generalstabs war. Als man mich mit Schmähungen überhäufte, wollte ich mich gegen Reinach und Clemenceau wenden, aber der Generalstab verlangte: gegen Picquart! Henry wurde zum Selbstmord gezwungen, weil er zu viel wußte, gefällig hat er nicht.“ — Bekanntlich hat Henry zuletzt selbst eingestanden, gefälscht zu haben. Die „Enttrollungen“ Esterhazy's scheinen demnach mehrfach notorische Fälschungen

